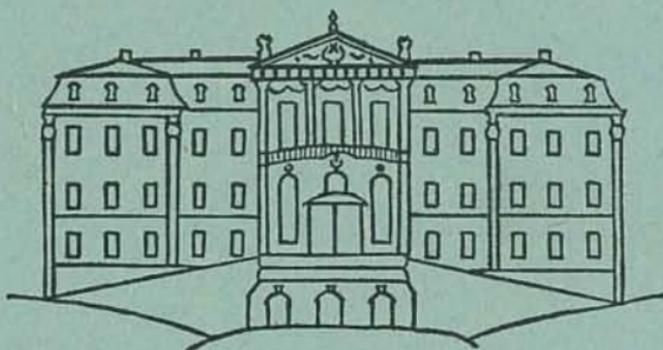


Hefte aus Burgscheidungen

---

Gertrud Illing

**Kreuzzugswahn in Vergangenheit  
und Gegenwart**



118

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung  
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Gertrud Illing

**Kreuzzugswahn in Vergangenheit  
und Gegenwart**

1964

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung  
der Christlich-Demokratischen Union

## Inhalt

Einleitung . . . . .	5
1. Der mittelalterliche Kreuzzugsgedanke – seine ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen . .	7
2. Die moderne imperialistische „Kreuzzugs“-Ideologie . .	18
Schlußbetrachtung . . . . .	34

„Kreuzzugs“- und „Abendland“-Ideologie im 20. Jahrhundert – im Zeitalter der Weltraumraketen und der von Menschen geschaffenen Erdtrabanten mutet sie fast wie ein Alptraum aus längst vergangenen Zeiten an! Und doch wurde sie in unserer Zeit auf deutschem Boden zu neuem gespenstischem Leben erweckt: Der deutsche Imperialismus und seine klerikalen Steigbügelhalter greifen auf dieses aus dem feudalen Mittelalter, aus der politischen und ökonomischen Situation des 11. Jahrhunderts erwachsene „historische Phänomen“ zurück, um ihre durch die allgemeine Krise des Kapitalismus erschütterte Position wieder zu festigen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. „Rettung des christlichen Abendlandes vor der Gefahr des aus dem Osten drohenden atheistischen Kommunismus!“ rufen sie und meinen damit Erhaltung ihrer Machtstellung im Westen und Wiedereroberung der im Gefolge von zwei blutigen Weltkriegen verlorenen Positionen im Osten Europas.

Die Tarnung von sehr materiellen Expansionsgelüsten mit idealistischen, insbesondere „christlichen“ Motiven ist nicht neu. Die herrschenden Klassen Amerikas und vor allem Englands haben in dieser Methode in der Vergangenheit eine wahre Meisterschaft entwickelt und mit ihr beachtliche Erfolge erzielt. Stellte doch schon Theodor Fontane mit seinem kritischen Blick bereits im vorigen Jahrhundert fest: „Die Engländer sagen Jesus Christus und meinen Kattun!“ Daß sich die deutschen Imperialisten auch in dieser Hinsicht als gelehrige Schüler zeigten, erwies sich immer dann, wenn sie für ihre Expansionsabsichten ein ideologisches Mäntelchen brauchten – sei es bei der „Erringung des Platzes an der Sonne“, sei es bei der faschistischen Theorie vom „fehlenden Lebensraum“, den sich das deutsche Volk im Osten Europas erobern müsse. Adenauer erwies sich auch hier als würdiger Nachfolger Hitlers, als er im Vatikan von der „besonderen Mission des deutschen Volkes“ sprach.

Um der These von der Notwendigkeit eines „Kreuzzuges gegen den Osten“ eine pseudo-historische Stütze zu geben, operieren ihre Verkünder mit dem Begriff von der „Einheit“ eines sog. „christlichen Abendlandes“, der in der Idee eines

Neo-Karolingertums gipfelt. Dabei übersehen diese eifrigen „modernen Kreuzritter“ vollständig – oder wollen es zumindest bei anderen vergessen machen –, daß das „Abendland“ als geographischer Begriff, d. h. also West- und Mitteleuropa, niemals ein Privileg auf das Epitheton „christlich“ besessen hat. Noch weniger aber konnte und kann von einer „Einheit des Abendlandes“ die Rede sein, seit mit der Herausbildung von Nationalstaaten, an deren Wiege das Bürgertum in seiner fortschrittlichen Periode Pate stand, die Entwicklung der einzelnen Nationen Europas in völlig verschiedenen Bahnen verlief.

Diese inneren Widersprüche des ideologischen Rechtfertigungsversuchs moderner imperialistischer Aggressionsabsichten stören seine Verfechter wenig. Um so mehr Veranlassung haben wir, ihnen kritisch auf den Grund zu gehen. Das gebietet uns die nationale Verantwortung der Geschichtsschreibung im sozialistischen deutschen Friedensstaat. Ein Beitrag zur Klärung einiger Aspekte dieses Problems soll im folgenden geleistet werden.

## 1. Der mittelalterliche Kreuzzugsgedanke – seine ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen

Es erhebt sich die Frage, wie die durch und durch unchristliche Idee des „Heiligen Krieges“, die sowohl jeder christlichen Tradition als auch den Lehren der Kirchenväter widersprach, in der abendländischen Ritterschaft des hochfeudalen Mittelalters Fuß fassen konnte. In einer sehr eingehenden Untersuchung über die Entstehung des Kreuzzugsgedankens tritt Carl Erdmann der von der bürgerlichen Historiographie größtenteils vertretenen Auffassung entgegen, daß die Kreuzzugsbewegung im Grunde nichts anderes sei als der Umschlag der schon seit Jahrhunderten üblichen Pilgerfahrten nach dem „Heiligen Grabe“ in eine neue Qualität, in kriegerische Wallfahrten mit Eroberungscharakter. Bei dieser Betrachtungsweise erschien, wie Erdmann sehr richtig nachwies,

„die Vorgeschichte des Kreuzzugsgedankens unter einem orientalischen Aspekt oder doch im Lichte der ostwestlichen Beziehungen, und die vielen auf anderen Schauplätzen unternommenen Kreuzzüge – gegen Ketzer und Gegner des Papsttums ebensowohl wie gegen Heiden – galten als ‚Abirrungen‘ und Degenerationserscheinungen eines ‚eigentlichen Kreuzzugsgedankens‘.“<sup>1)</sup>

Mit Recht weist Erdmann darauf hin, daß diese sogenannten „Abirrungen“ schon früher in Erscheinung traten, wie z. B. bei den Mauren- und Sarazenenkämpfen in Spanien und Italien, so daß aus ihnen

„auch der ‚eigentliche‘ Kreuzzug in wesentlich höherem Maße entstanden ist als aus dem angeblichen Wechsel in der Lage der Pilger und der Stadt Jerusalem. Der zentrale und historisch wesentliche Vorgang war die Entwicklung des ‚allgemeinen‘ Kreuzzugsgedankens, der nicht an bestimmte Orte gebunden war, sondern nur an die kirchliche Zielsetzung als solche.“<sup>2)</sup>

Allerdings beschränkt sich Erdmann bei seinen Untersuchungen ebenfalls in der Hauptsache auf die Entstehung der ideologischen Voraussetzungen und erfaßt die sonstigen, d. h. die politischen und ökonomischen Verhältnisse nur insoweit, als sie die Haltung der Kirche mit beeinflußt haben. Damit hat

1) Erdmann, C., Die Entstehung des Kreuzzugsgedankens. Forschungen zur Kirchen- und Geistesgeschichte VI. Stuttgart 1935, S. VII

2) ebenda

er gleichwohl, wie Ernst Werner in der „Wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig“ ausführt,

„die Entstehung des Kreuzzugsgedankens in den Kreisen der römischen Kurie nachgewiesen und den unwahrscheinlichen Bruch in der christlichen Lehre, der durch die Idee des Heiligen Krieges entstand, fesselnd dargestellt.“<sup>3)</sup>

An der gleichen Stelle aber setzt sich Ernst Werner kritisch mit dem Versuch auseinander, das Gesamtproblem der Kreuzzugs-idee des Mittelalters ausschließlich unter einem kirchen- oder religionsgeschichtlichen Aspekt zu sehen, da man bei einer solchen Betrachtungsweise immer nur Teilwahrheiten erhalten, niemals aber dem historischen Gesamtprozeß gerecht werden könne.

Die Kreuzzugs-idee des Mittelalters ist ein Kind der feudalistischen Lebensform des 11. Jahrhunderts. Die Hauptwurzeln der Kreuzzüge lagen in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

„Feudales Grundeigentum und neue Staatsform in Frankreich schufen zusammen mit dem Bevölkerungswachstum Bedingungen, die eine Expansion, wie es die Kreuzzüge sind, ermöglichten. Ihnen zur Seite ging die Ausbreitung des Handels und des Gewerbes in Italien und Nordost-Frankreich, die den Orient gebieterisch in den Gesichtskreis des Okzidents einbezog.“<sup>4)</sup>

Schon aus dem hier kurz Angedeuteten ergibt sich, daß die Kreuzzugs-idee zeitgebunden im vollen Sinne des Wortes war und in keinerlei Weise auf die Verhältnisse unserer Zeit umgebogen oder angewandt werden kann.

\*

Ernst Werner stellt in seiner Untersuchung über die Kreuzzugs-idee im Mittelalter die Frage:

„Warum finden sich“ (unter den Teilnehmern des ersten Kreuzzuges – d. Vf.) „weder deutsche Ritter und Bauern noch englische Feudalherren? Warum stößt gerade die durch das Reformpapsttum militarisierte christliche Lehre bei den süditalienischen Normannen auf ein so starkes Echo?“<sup>5)</sup>

<sup>3)</sup> Werner, E., Die Kreuzzugs-idee im Mittelalter, in: Wiss. Ztschr. d. Karl-Marx-Universität Leipzig, 1957/58, H. 1/2, S. 137

<sup>4)</sup> P. Lemerle in: Relazioni (d. X. Internationalen Historiker-Kongresses in Rom 1955), Bd. III, zit. bei: Werner, Kreuzzugs-idee, a. a. O., S. 137

<sup>5)</sup> Werner, a. a. O., S. 136

Es ist auch in der Tat auffällig, daß der Kreuzzugaufbruch von Clermont in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich und Italien einen verhältnismäßig geringen Widerhall fand, wenn auch die Frage in dieser Form etwas überspitzt erscheint. Es gab in der Tat unter den ritterlichen Teilnehmern einige Deutsche, so wie z. B. an dem Zuge Peters von Amiens sich auch Bürger und Bauern beteiligten. Aber auch Erdmann weist darauf hin, „daß man in Deutschland die durchziehenden Kreuzfahrer zuerst als Toren verachtete“ und trotz des späteren Durchdringens des Kreuzzugsgedankens dieser „hier immer eine besondere Problematik behalten habe.“<sup>6)</sup>

Ist jedoch die Ursache dafür in den spezifischen Unterschieden zwischen dem deutschen und dem französischen Volkscharakter, in der leichteren Entflammbarkeit der Romanen zu suchen, die Erdmann in erster Linie dafür verantwortlich macht? Liegt der eigentliche Grund nicht vielmehr in der verschiedenartigen politischen und ökonomischen Entwicklung beider Länder, die Erdmann allerdings ebenfalls als mitentscheidend für diese Tatsache ansieht?

Ein Blick auf die politische Lage in beiden Ländern und auf die politische Zielsetzung, die das Reformpapsttum mit der Propagierung des Kreuzzugsgedankens verband, dürfte darüber bereits Aufschluß geben. Damit dürfte aber auch die Auffassung widerlegt werden, die unter weitgehender Negierung politischer und ökonomischer Gesichtspunkte allein das ideologische, also das religiöse Motiv für die Teilnehmer an der Kreuzfahrt gelten lassen will – eine Auffassung, die nicht nur in der bürgerlichen Historiographie des 19. Jahrhunderts ihren Platz findet, sondern z. B. auch auf dem X. Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955 noch von bürgerlichen Geschichtswissenschaftlern vertreten wurde.

\*

Deutschland war am Ende des 11. Jahrhunderts durch den Investiturstreit in zwei große Lager gespalten. Die päpstlichen und die kaiserlichen Parteigänger im hohen Klerus und unter den weltlichen Fürsten befehdeten einander aufs heftigste und zogen ihre Vasallen und Hintersassen in diese Auseinandersetzungen mit hinein. Für eine Expansion über den Rahmen des Reiches hinaus – die noch dazu als in päpstlichem Interesse liegend angesehen werden mußte – blieb daneben kein Raum. Die Kirchenspaltung

<sup>6)</sup> Erdmann, a. a. O., S. 270/271

„hatte in Deutschland nicht nur die Autorität des Papstes, der zum Kreuzzug aufrief, bei vielen in Frage gestellt, sondern auch den Gedanken des heiligen Krieges kompromittiert, der gegen den deutschen König gewandt worden war und dadurch an Popularität verlieren mußte. Der Kreuzzugsgedanke war nicht nur ein Stück der romanischen Kirchenreform – was bereits in gewisser Weise die Haltung Deutschlands bestimmte –, sondern außerdem den Deutschen speziell verleidet durch die Umprägung bei Gregor VII. Erst der tatsächliche Erfolg des ersten Kreuzzuges, der die Pläne Gregors vergessen machte“ (und darüber hinaus auch den deutschen Rittern und Fürsten die Möglichkeit territorialer Eroberungen für sich selbst vor Augen führte! – d. Vf.), „hat über diese Lage hinweggeführt.“<sup>7)</sup>

Was die gesellschaftliche Seite anbelangt, so war der Feudalisierungsprozeß in Deutschland noch nicht so weit fortgeschritten wie in Frankreich. Die Herausbildung des eigentlichen Ritterstandes als soziale Schicht hatte in Deutschland erst mit der Begünstigung der kleinen Lehensträger, der Ministerialen, durch Konrad II. begonnen.

In Frankreich dagegen hatte sich diese Entwicklung schon früher vollzogen. Erdmann (S. 51) führt dafür – zwar nicht als Ursache, wohl aber als Voraussetzung – die fortschreitende Herausbildung des Lehenwesens und den dadurch bedingten, vor allem in Frankreich hervortretenden Rückgang der Staatsgewalt an. Hier war auch im Gegensatz zu Deutschland unter dem Einfluß der Cluniacenser die päpstliche Autorität stark gewachsen, zumal die feudale Anarchie unter den ersten Capetingern einen Höhepunkt erreicht hatte, der die Kirche veranlaßte,

„ohne Vermittlung des Staates in ein direktes Verhältnis zu den eigentlichen Vertretern des Kriegerhandwerks, den einzelnen Dynasten und Rittern zu treten, und die Vorstellungen, die man im Hinblick auf die Verteidigung der Kirche zuvor nur von den Herrschern gehegt hatte, mußten sich so auf einen weiteren Kreis übertragen. Der Vorgang ist symptomatisch für die veränderte Stellung der Kirche in der feudalen Gesellschaft: eine gewisse Annäherung an das Kriegshandwerk wurde schon durch die Umstände erzwungen.“<sup>8)</sup>

Ein Ausdruck dieser veränderten Stellung der Kirche zum Kriegerstand war auch die Gottesfriedensbewegung, deren Ver-

bindung mit der Entwicklung des Kreuzzugsgedankens, d. h. des heiligen Krieges, Erdmann nachweist.<sup>9)</sup> – Die Wandlung, die sich innerhalb der Kirche gegenüber dem Kriege, d. h. natürlich vor allem in bezug auf Kriege mit einer den kirchlichen Interessen dienenden Zielsetzung, vollzog, war der Beginn des Feudalisierungsprozesses der Kirche. Wenn diese neue Auffassung auch nicht vom gesamten Klerus übernommen wurde – Erdmann (S. 69) führt als Beispiel die schroff ablehnende Haltung Fulberts von Chartres gegenüber jeder Berührung mit dem Kriege an –, so wurde sie doch im elften Jahrhundert zur herrschenden, da insbesondere die Reformpäpste sich ihrer bedienten.

Der erste Papst, „der grundsätzlich seine Kriege aus der Religion herleitete, sie mit den Geboten der Kirche in Einklang brachte und den kriegerischen Geist des Heeres mit kirchlichem Sinn durchdrang“<sup>10)</sup>, war Leo IX. Den von ihm für seinen Feldzug gegen die Normannen gewonnenen Soldrittern hatte er „Straflosigkeit ihrer Verbrechen“, Erlaß der Bußstrafen (der kirchlichen Strafen, die nach den kirchlichen Bestimmungen über den Krieger für das Töten im Kriege verhängt wurden – d. Vf.) und Absolution von ihren Sünden versprochen, also einen Kreuzzugsablaß verkündet. Der Betonung religiöser Motive bei der Werbung des Heeres entspricht auch die Anerkennung der in der entscheidenden Schlacht bei Civita gefallenen deutschen Ritter als christliche Märtyrer, so daß der Kreuzzugsgedanke hier bereits voll ausgebildet hervortritt; auch der Biograph Leos feierte diese Ritter als „Soldaten Christi“.

Noch größere Bedeutung für die Entwicklung des Kreuzzugsgedankens aber gewann die bald nach Leos Tod erfolgende Verbindung der Kurie mit den Normannen. Die Normannenfürher leisteten dem Papste für ihre süditalienischen Eroberungen den Lehenseid und unterstellten damit ihr Land dem „Vikar Gottes“, so daß ihre Aggression gegenüber den Griechen als Schismatikern und besonders gegenüber den Sarazenen in Sizilien in den Augen der Zeitgenossen eo ipso religiösen Charakter annahm. Das Papsttum dagegen schuf sich in ihnen eine ergebene Schutzgarde, die ihren Wert schon bald darauf bei den Kämpfen zwischen Kurie und Kaisertum erwies. In dieser kirchlichen Legitimation normannischer Eroberungspolitik ist aber auch wenigstens teilweise die Antwort auf die

7) Erdmann, a. a. O., S. 272

8) Erdmann, a. a. O., S. 53

9) vgl. Alwin Schaper, Der Gottesfrieden. Rückblick und Ausschau, 1961 (Hefte aus Burgscheidungen, Nr. 53)

10) Erdmann, a. a. O., S. 108

oben angeschnittene Frage hinsichtlich der Aufgeschlossenheit der süditalienischen Normannen gegenüber der aggressiven Kreuzzugsidee zu finden. Allerdings trifft das nur auf jene Normannen zu, die auf dem Festland in Unteritalien ansässig waren, wie Ernst Werner aufgrund der Untersuchungsergebnisse von E. Pontieri, vorgetragen auf dem X. Historikerkongreß in Rom, nachweist<sup>11)</sup>. Danach

„beteiligten sich die sizilianischen Normannen infolge der labilen Lage ihres Staatswesens nicht an dem Unternehmen.“

während die Fürsten der süditalienischen Normannen die Gelegenheit des ersten Kreuzzuges benutzten, um sich in Syrien auf Kosten der Türken und Byzantiner eine eigene Machtbasis aufzubauen.

„Daraus geht hervor, daß selbst die Normannen nur bei einer Übereinstimmung der politischen Möglichkeiten mit dem Zeitgeist das Kreuz nahmen, auch wenn sie sonst den Gedanken als solchen gern aufgriffen und ihn zur Festigung ihrer Stellung im Lande verwerteten.“<sup>12)</sup>

Für die sechziger Jahre des 11. Jahrhunderts stellt Erdmann allgemein einen Aufschwung der Idee des heiligen Krieges fest und führt dies mit Recht auf die einheitliche Haltung des Reformpapsttums im Gefolge der allgemeinen kirchlichen Reformbewegung zurück:

„Die heiligen Kriegsziele konnten dabei ganz verschiedene sein; neben den Heidenkrieg trat der innerkirchliche Kampf für religiös-sittliche Zwecke und kirchliche Parteilung, als dessen Sonderform es drittens seit Leo IX. den ‚hierarchischen‘ Krieg im unmittelbaren Dienst des Papsttums oder des Kirchenstaates gab. Das Papsttum hatte es in der Hand, welche dieser drei, unter Alexander II. noch gleichmäßig hervortretenden Linien es entwickeln wollte.“<sup>13)</sup>

Für die nächsten Jahrzehnte sollte die Entscheidung sehr bald fallen. Der Archidiakon Hildebrand war es, der als Gregor VII. versuchte, die Kreuzzugsidee seinen Zwecken – sei es in seinem Kampfe mit dem reformfeindlichen Klerus, sei es bei der Auseinandersetzung mit den weltlichen Gewalten – dienstbar zu machen:

11) Werner, a. a. O., S. 136, Anm. 3

12) ebenda

13) Erdmann, a. a. O., S. 130

„Der Gregorianismus ist der entscheidende Schritt zur Feudalisierung des Christentums, zur ideologischen und politischen Anpassung der nichtfeudalen christlichen Lehre an die mittelalterliche Gesellschaftsordnung, zur Schaffung eines lebensfähigen Zentrums feudaler Weltanschauung.“<sup>14)</sup>

Um seine kirchlichen und politischen Ziele – die Umgestaltung des Klerus im Sinne der Kirchenreformer zu einem Instrument in der Hand der Päpste und die Erlangung der Vorherrschaft gegenüber dem Staat – zu erreichen, ist Gregor nicht davor zurückgeschreckt, den Damm zu durchbrechen,

„der Priester und Laien bisher schied. Er rief die Gläubigen zur aktiven und passiven Kritik am Klerus auf und machte sie so zu Mithandelnden in Kirchensachen, ja in Glaubensfragen.“<sup>15)</sup>

In seinem Kampf gegen die reformfeindlichen Priester bediente er sich jedes Mittels, das den Sieg seiner Bestrebungen versprach, und stellte auch den Gedanken des Kreuzzuges gegen ungehorsame Priester und deren Anhänger in den Dienst seiner Sache. Ein evidentes Beispiel für seine Bedenkenlosigkeit in dieser Hinsicht war seine Verbindung mit der Mailänder Pataria.

Auch in der Pataria war der Gedanke des heiligen Krieges von maßgeblichem Einfluß, hier aber in der Form der Gewaltanwendung gegen reformfeindliche Kleriker. Die Pataria war die größte antifeudale und antikleriale Volksbewegung des 11. Jahrhunderts – eine Bewegung, bei welcher der Verdacht der Ketzerei zumindest nahelag, wie Ernst Werner in seiner Untersuchung über die Patarener beweist. Zwar hatte man in Rom schon unter Alexander II. die Gefährlichkeit des Zweckbündnisses zwischen dem Oberhaupt der katholischen Kirche und dieser Bewegung erkannt und die für die Autorität der Kirche bedrohlichen Auswirkungen abzufangen versucht; doch verboten die kirchlichen Machtinteressen den völligen Verzicht auf einen so starken Verbündeten.

Wenn auch die Pataria vorwiegend Klassenkampfcharakter hatte, so erscheint zumindest ihre Erwähnung hier angebracht, da die Fahne St. Petri auch über ihr wehte und auch sie wenigstens z. T. in den gleichen reformkirchlichen Bestrebungen wurzelte, die auch dem Kreuzzugsgedanken Auftrieb gaben. Bemerkenswert ist schon die Tatsache, daß Gregor als der-

14) Werner, E., *Pauperes Christi*, Leipzig 1956, S. 200

15) ebenda, S. 201

jenige Papst, welcher sich der Patarener am stärksten zur Durchsetzung seiner Reformideen bediente, zugleich der prägnanteste Vertreter des Kreuzzugsgedankens, des „heiligen Krieges“ im Dienste des Papsttums war. Er hat, „schon ehe er Papst wurde, durch seine persönliche Art tiefgehend auf die Formung der päpstlichen Kreuzzugs-idee eingewirkt“<sup>16)</sup>. Er, „der kriegerischste Papst, der je auf Petri-Stuhl gesessen hat, ... hat den Kreuzzugsgedanken propagiert wie niemand vor ihm, freilich in seiner engsten hierarchischen Form“<sup>17)</sup>.

Die bürgerliche Historiographie ist bemüht gewesen, die Kreuzzüge als eine verdienstvolle Tat der gesamten Christenheit – und hier insbesondere der sog. „christlichen Ritterschaft“ – darzustellen. Sie ist deshalb vorwiegend den religiösen Beweggründen nachgegangen, die unzweifelhaft bei einigen wenigen Kreuzzugsführern, wie etwa Gottfried von Bouillon, ein Motiv unter anderen mit waren. Diese Tendenz war aber nicht nur für die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts charakteristisch; sie ist auch der Grundzug der modernen bürgerlichen Geschichtsauffassung. Allerdings müssen selbst die Hauptvertreter dieser historischen Schau vielfach zugeben,

„daß sich sehr oft bei den Teilnehmern materielle und ideelle Interessen vermischen, daß vor allem die Barone mehr von Gier nach Reichtum und Macht als vom frommen Streben nach Befreiung der Heiligen Stätten beseelt waren“<sup>18)</sup>.

So wirft z. B. auch die Charakteristik Bohemunds von Tarent, die Waas in seiner Geschichte der Kreuzzüge gibt, ein recht eigentümliches Licht auf die sogen. „Kreuzfahrerfrömmigkeit“, in der er sonst die Haupttriebkraft für die Entwicklung des Kreuzzugsgedankens sehen will:

„Aber das“ (die Herrschaft über Tarent – d. Vf.) „genügte Bohemund nicht. Seitdem war es sein tiefster und seine Politik bestimmender Wunsch, sich eine eigene schönere und reichere Herrschaft zu verschaffen. Und dazu schien ihm der Kreuzzug die allerbeste Gelegenheit zu geben. Der spätere Verlauf seines Lebens sollte zeigen, daß dieser Wunsch an entscheidenden Stellen den Ausschlag gab und alles Kreuzfahrertum, so ehrlich es anfangs gemeint war (sic!), in den Hintergrund treten ließ.“<sup>19)</sup>

<sup>16)</sup> Erdmann, a. a. O., S. 133

<sup>17)</sup> ebenda, S. 161

<sup>18)</sup> Rousset, Paul, Relazioni (X. Internat. Historiker-Kongreß in Rom 1955), Bd. III, S. 548, zit. bei: Ernst Werner, Die Kreuzzugs-idee im Mittelalter, a. a. O., S. 135

<sup>19)</sup> Waas, Adolf, Geschichte der Kreuzzüge, Bd. I, Freiburg 1956, S. 105

Und weiter:

„Es war charakteristisch für ihn, daß er nach der Eroberung von Antiochia und der Gewinnung der Stadt für sich selbst sich nicht weiter am Kreuzzug, an der Eroberung Jerusalems und des Heiligen Landes, beteiligte. Hatte er seine reiche Herrschaft in Syrien begründet, und gar noch auf Kosten von Byzanz, so hatte er erreicht, was er im Grunde wollte.“<sup>20)</sup>

Was gehört zu den typischen Vertretern der „Abendland-Ideologie“ unter den westdeutschen Geschichtsschreibern, wie aus seinem Bestreben hervorgeht, die nationalen Besonderheiten in der Kreuzzugsbewegung ausklammern:

„Die gebildeten Schichten aller Völker (?) sprachen in politischen Reden zwar gern und viel von Kreuzzügen, aber der Erforschung der historischen Kreuzzüge erwuchs daraus keine Förderung ...

Die Tatsache, daß wir überall im Abendland heute die nationale Enge in der Betrachtung überwinden und überwinden müssen, wird es hoffentlich auch möglich machen, ohne jene nationalen Vorurteile an die Geschichte der Kreuzzüge heranzugehen, die bisher so oft das Bild gestört haben.“<sup>21)</sup> (Heraushebungen von mir – d. Vf.)

In dem Versuch, die Vorrangstellung religiöser Beweggründe für die Kreuzfahrer nachzuweisen, begegnet er sich mit dem Hauptverfechter dieser Richtung, mit Rousset, der bereits 1945 schrieb:

„Den wahren Ursprung der Unternehmungen gegen Jerusalem darf man nicht in politischen, sozialen und militärischen Umständen sehen, sondern in einer gewissen Geistesverfassung, Mentalität und Psychologie, einer Besonderheit des religiösen Lebens.“<sup>22)</sup>

Trotzdem können auch sie nicht das Eingeständnis umgehen, daß neben dieser

„ritterlichen kampfesfreudigen Frömmigkeit ... noch gar manche rein weltliche Tendenzen einhergehen. Ein gewisser Anstoß kommt aus den Gebieten der Politik: Die freundlichen oder feindlichen Beziehungen der verschiedenen Staaten und Völker zu Byzanz gaben wichtige Impulse. Andere Antriebe kamen von den Handelsinteressen

<sup>20)</sup> ebenda, S. 126

<sup>21)</sup> ebenda, S. 2 f.

<sup>22)</sup> Rousset, Les origines et les caractères de la première Croisade, Genf 1945, S. 11, zit. bei Werner, a. a. O., S. 135

der italienischen Seestädte, vor allem von Venedig und Pisa her. Aber wichtiger als alles das sind die rein weltlichen Interessen der abendländischen Ritterschaft, die mit dem Gottesstreitertum enge, oft recht eigentümliche Verbindungen eingehen.“<sup>23)</sup>

Es ist das Verdienst der modernen marxistischen Geschichtswissenschaft, eindeutig nachgewiesen zu haben, daß allein vom ideengeschichtlichen Standpunkt her eine Erklärung des historischen Phänomens der Kreuzzüge nicht möglich ist. Die Umkehrung der Relationen, wie sie von den bürgerlichen Geschichtsschreibern versucht wird, steht – bewußt oder unbewußt – im Dienste des Imperialismus und seiner Bemühungen, die ökonomischen und politischen Hintergründe auch der modernen Kreuzzugs-Ideologie hinter pseudoreligiösen Motiven zu verstecken.

Auch Waas muß zugeben, daß als Ursache der Kreuzzüge nicht eine verstärkte Intoleranz der islamischen Beherrscher des Heiligen Landes gegenüber den Christen anzusehen ist. Gerade auch die Tatsache, daß die Byzantiner dem Kreuzzugs-gedanken wie dem Gedanken eines sog. „Heiligen Krieges“ überhaupt durchaus ablehnend gegenüberstanden, beweist, daß dort die zum größten Teile sehr weltlichen, in den ökonomischen und politischen Verhältnissen des Westens wurzelnden Motive der Initiatoren der mittelalterlichen Kreuzzugs-idee und der Kreuzfahrer selbst durchaus richtig erkannt wurden, auch wenn diese sich unter der Tarnkappe „christlicher“ Beweggründe verbargen.

Nur so wird es erklärlich, daß in Byzanz, das doch nicht zuletzt als nächster, unmittelbarer Nachbar der islamischen Stämme und Völker an der Erhaltung der christlichen Herrschaft im Orient hätte interessiert sein müssen, der Gedanke des „Heiligen Krieges“ nicht Fuß fassen konnte und die byzantinischen Kaiser die Kreuzfahrer nicht nur nicht förderten, sondern ihnen Widerstand leisteten. Sie mußten nach der Lage der Dinge befürchten, daß es den Kreuzfahrern vielfach mehr um den Besitz des noch immer reichen Byzanz ging, der dem Westen aus mancherlei Gründen erstrebenswert erschien.

Für die Kurie stand bei Herausbildung und Förderung des Kreuzzugs-gedankens neben dem Gedanken der Hegemonie in der gesamten Christenheit des Westens noch eine andere Absicht Pate, deren machtpolitischer Charakter gleichfalls of-

23) Waas, a. a. O., S. 51

fen zutage tritt: Es ist das Bestreben, die christlichen Kirchen des Ostens, die den Anspruch des römischen Bischofs auf sein Primat in der Christenheit nicht anerkannten, unter den Einfluß des Papstes zu bringen.

Mit diesen Machtinteressen der Päpste begegneten sich die ökonomischen Interessen der italienischen Seestädte, die untereinander in schärfstem Konkurrenzkampf standen. Sie waren es in erster Linie, deren Streben nach dem Besitz von Konstantinopel ging, dieser internationalen Handelsmetropole, die sich verbindend und trennend zwischen Orient und Okzident einschob. Der Prozeß der Herausbildung der Kommunen, dessen revolutionären Charakter Marx herausstellt und der in Deutschland kaum in seinen Anfängen stand, war in Italien und Frankreich nahezu beendet.

„Das Abendland hat gegen Ende des 11. Jahrhunderts den wirtschaftlichen und militärischen Vorsprung des byzantinischen Reiches und des Kalifats aufgeholt und erweitert daher folgerichtig seinen Aktionsradius über die lateinische Welt hinaus. Europa vergrößerte laufend Quantität und Qualität seiner Produktion. Dieser ökonomische Aufschwung war der tiefste Grund für jene Orient-Unternehmungen; die wir in den Kreuzzügen vor uns haben ... Für die italienischen Seerepubliken war die Teilnahme an dem Unternehmen selbstverständlich und natürlich. Ohne geographische Kenntnisse und Militär- und See-Erfahrung der Italiener, ohne Bevölkerungswachstum und ohne politische Wiederbelebung Frankreichs, ohne die übersprudelnde Energie in ganz Europa wären die Kreuzzüge unbegreiflich.“<sup>24)</sup>

Als dritter Verbündeter trat an die Seite von Reformpapsttum und Stadtbürgertum die Ritterschaft, deren Aufsteigen „zu einem anerkannten kirchlich legitimierten Stande innerhalb der Feudalklasse eine Triebkraft der Kreuzzüge“ war. Die Kirche stellte die Kampfbereitschaft der herrschenden Klasse in den Dienst ihrer eigenen Ziele; denn bei den Rittern fand der Kreuzzugs-gedanke einen aufnahmebereiten Boden. Ihre wirtschaftliche Lage war – besonders in Frankreich – vielfach nicht eben die günstigste, vor allem bei den jüngeren Söhnen. In den Kreuzzügen aber bot sich ihnen die Möglichkeit, mit einem der Zeitauffassung entsprechend „verdienstlichen“ Werke nicht nur Sündenerlaß und vielleicht Märtyrerruhm zu gewinnen, sondern bei einem glücklichen Ausgang

24) Werner, Die Kreuzzugs-idee ..., S. 137

durch den Erwerb von Land und Leuten zu selbständigen Feudalherren zu werden.

Für Deutschland finden wir diese Tendenz besonders ausgeprägt im Slawenkreuzzug und in den Preußenzügen des deutschen Ritterordens, der sich in Palästina gegen die französische und italienische Vormachtstellung nicht zu behaupten vermochte und seine Eroberungspolitik deshalb vorwiegend gegen den Osten wandte. Auch bei den „Kreuzzügen“, die sich gegen Christen richteten, wird der gesellschaftliche Trend deutlich sichtbar. So tragen alle sog. „Ketzerkreuzzüge“ gegen Albigenser, Waldenser, Stedinger, Hussiten Klassenkampfcharakter, da bei allen diesen Bewegungen die angebliche Häresie ideologischer Ausdruck antifeudaler Widerstandskämpfe unterdrückter Volksmassen gegen die feudale Ausbeutung war.

Wie eng der Kreuzzugsgedanke mit der gesellschaftlichen und sozial-ökonomischen Struktur des Feudalismus verflochten war, so daß er nur auf diesem Boden wurzeln konnte, wird schon daraus ersichtlich, daß der beginnende Verfall dieser Gesellschaftsordnung faktisch auch sein Ende bedeutete. Die neue, im Stadtbürgertum sich entwickelnde Klasse, von je dem Kreuzzugsgedanken abhold, wenn man von den Bürgern der italienischen Kommunen absieht, verfolgte andere Interessen. Es ist bezeichnend, daß Luther, Schöpfer einer diesen bürgerlichen Interessen entsprechenden Kirche, der Wiederbelebung des Kreuzzugsgedankens durchaus ablehnend gegenüberstand, als angesichts des Vordringens der Türken in Südosteuropa eine solche von seiten Habsburgs versucht wurde.

## 2. Die moderne imperialistische „Kreuzzugs“-Ideologie

Kann man den mittelalterlichen Kreuzzügen gewisse objektiv progressive Auswirkungen der engen Berührung mit dem Osten – etwa auf die Entwicklung der Produktivkräfte oder auf die Ausweitung und den Aufschwung des Handels – nicht absprechen, so entbehrt die moderne Kreuzzugsideologie, in welchem Gewande sie auch auftreten möge, jeder fortschrittlichen Tendenz. Sie ist ideologische Grundlage und Rechtfertigung der Reaktion und besonders in Westdeutschland ein immer noch wirksames Kampfinstrument des klerikal-militaristischen Regimes gegen den im sozialistischen Lager verkörperten gesellschaftlichen Fortschritt. Zu den Hauptthesen des politischen Klerikalismus, des ideologischen

und institutionellen Ausdrucks der „unheiligen Allianz von Klerus, Kapital und Generalen“, gehört die antikommunistische Doktrin vom „Kreuzzug zur Rettung des christlichen Abendlandes“.

Die Erkenntnis der Zusammenhänge der nationalen und internationalen Entwicklung, der Umdenkprozeß in der westdeutschen Bevölkerung wird vielfach noch gehemmt durch die bei vielen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern und bei zahlreichen Menschen aus bürgerlichen Kreisen gegebene ideologische Verwurzelung in alten bürgerlichen Staatsauffassungen. Sie glauben ernsthaft, das, was ihnen als „Demokratie“ und „Freiheit“ präsentiert wird – die parlamentarisch verbrämte, demokratisch verschleierte klerikal-militaristische Diktatur des Monopolkapitals –, sei tatsächlich Freiheit und Demokratie.

Es kann trotzdem selbstverständlich kein Zweifel darüber bestehen, daß auch die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung den Krieg ablehnt und jede Maßnahme oder jedes Anzeichen einer Entspannung begrüßt. Daß auch in Westdeutschland die Erkenntnis, daß eine Politik der Vernunft und des guten Willens die Politik der Stärke ablösen muß, sich immer mehr Bahn bricht, dafür spricht beispielsweise ein Artikel von Pfarrer Herbert Mochalski in dem Sprachrohr der dortigen Kirchlichen Bruderschaften:

„Die USA und die Sowjetunion haben eine Reduzierung ihrer Produktion spaltbaren Materials zur Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben angekündigt. Großbritannien hat sich dieser Entscheidung angeschlossen. Die Atomkräfte haben damit einen weiteren Stopp im Wettlauf ihrer Rüstungen bekanntgegeben. Wieder ein Schritt, der dem gefährlichen, sich ständig steigenden Wettrüsten, das die Menschheit bedroht und die an ihm beteiligten Staaten ökonomisch und moralisch ruiniert, Zügel anlegt ...

Wir haben wiederholt nach dem Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung gefragt. Wir sehen keinen. Nicht einmal Vorschläge zur Abrüstung oder auch nur für Begrenzungen der Aufrüstung sind aus Bonn gekommen. Der Rüstungsetat der Bundesrepublik klettert munter in die Höhe – 1964 beträgt er ein Drittel der Gesamtausgaben, nicht weniger als 20 Milliarden DM –, während die USA und die UdSSR ihre Rüstungsetats kürzen und ihre Rüstung stoppen ... Unsere Generale sehen Atomwaffen für unerlässlich an, und über die multilaterale Atomstreit-

macht soll auch der bundesdeutsche Finger an den Abzug. Alles, was nach Abrüstung und Entspannung schmeckt, wird ignoriert oder madig gemacht: „westliche Entspannungsduselei“ nennt es der CSU-Bundestagsabgeordnete Baron von Guttenberg.“<sup>25)</sup>

Anlaß zu diesem Artikel war die Reaktion der Bundesregierung auf die „alarmierende“ Meldung über die obengenannten Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR. Dazu schreibt Mochalski:

„... die Abrüstung hat noch gar nicht begonnen, da sind für einen Bundesminister bereits erste Maßnahmen, die die Aufrüstung stoppen, Anlaß genug zu der Warnung an die USA: Nur nicht zu schnell abrüsten!

Es ist schwer, diese Geistesverfassung zu kennzeichnen. Sie ist jedenfalls gefährlich. Gefährlich für das deutsche Volk, gefährlich für Europa, gefährlich für den Frieden der Welt – zumal wenn Bundesminister Krone (in dem gleichen Artikel der Politisch-Sozialen Korrespondenz vom 22. 4.) die Frage stellt: ‚Soll nun die Sowjetunion, falls der Kalte Krieg zu Ende geht, die Beute behalten, um deretwillen sie diesen Krieg heraufbeschworen hat?‘ Das heißt doch: Der Kalte Krieg darf nicht zu Ende gehen, die Abrüstung nicht stattfinden, bevor nicht die Sowjetunion ‚ihre Beute‘ wieder herausgegeben hat oder sie ihr abgenommen ist. Das ist die Sprache der Politik der Stärke, des ‚roll back‘ der Ära Dulles, der Zurückdrängung des Kommunismus aus Osteuropa, die Parole der ‚Befreiung ganz Osteuropas‘ – wozu natürlich die DDR gerechnet wird. Wird dazu die hektische Aufrüstung der Bundesrepublik betrieben, und drängt Bonn darum auf Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungsmittel?“<sup>26)</sup>

Nun könnte hier zwar der Einwand geltend gemacht werden, daß es sich bei dem Artikel in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ um die Privatmeinung des Herrn Krone handelt, nicht um eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung. Aber auch Herr Seeborn z. B., ebenfalls Minister in Westdeutschland, äußerte auf dem Pfingsttreffen der revanchistischen sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg seine „private Meinung“, als er das „Münchener Abkommen“ unseligen Angedenkens als noch existent bezeichnete. Die Bundesregierung distanzierte sich jedoch trotz des weltweiten Protests, den die Ausführungen Seeborns hervorriefen, nicht

<sup>25)</sup> Herbert Mochalski, Nur nicht zu schnell abrüsten, in: „Stimme der Gemeinde“ Nr. 9/64, S. 259  
<sup>26)</sup> ebenda

von diesen Äußerungen und entthob Seeborn nicht seines Ministerpostens. Allerdings wäre auch durch eine derartige Maßnahme das Abrücken der Bundesregierung von solchen „Privatmeinungen“ ihrer Mitglieder kaum glaubwürdig geworden, da der Bundeskanzler Erhard selbst das „Recht“ der sog. „Heimatvertriebenen“ auf ihre „Heimat“ anerkennt.<sup>27)</sup>

Die „Neue Zeit“ vom 5. 6. 1964 veröffentlichte unter Bezugnahme auf die „Stimme der Gemeinde“ einen Artikel über einen Protest evangelischer Pfarrer gegen psychologische Kriegsvorbereitung in der Bundeswehr. Danach

„verweisen die Pfarrer auf eine Vereidigung junger Rekruten in Blikskastel, bei der Oberstleutnant Leggewie eine Vereidigungsrede im übelsten Goebbels-Jargon gehalten hat. Leggewie hatte den Rekruten zugerufen: ‚Es waren immer wieder gerade unsere Vorfahren, die dem Eroberungssturm aus dem Osten, der vor Jahrhunderten von Hunnen, Ungarn und Türken vorgetragen wurde, mutig entgegentraten und damit die Völker Europas vor Knechtschaft und Untergang bewahrten. Dies war und ist auch heute unsere Aufgabe in Europa. An der Seite unserer Verbündeten, der freien Völker der Welt, stehen wir mit dem Gewehr bei Fuß bereit, diesen ‚heiligen Krieg‘, der nur der Verteidigung unserer Freiheit und der Erhaltung unserer abendländischen Kultur dienen kann, auf uns zu nehmen, wenn man uns dazu zwingen sollte. ... Wir wollen nicht, daß die da drüben, wie in unseren Ostgebieten und vielen anderen Ländern geschehen, ihre schmutzigen Pfoten ungestraft weiter nach Westen ausstrecken können.‘“

Drei Reden politischer und militärischer Führungskräfte des Westzonenstaates – und dreimal derselbe Grundtenor: Atomkriegspolitik, aggressiver Revanchismus und Kreuzzugsideologie, giftige Sumpflüthen, gewachsen auf dem Boden des Antikommunismus, typische Merkmale eines Staates, der als Machtinstrument einer kleinen, aber politisch wie ökonomisch herrschenden Schicht „angriffslüthen, militaristisch ist, im Widerspruch mit dem Wortlaut seiner Verfassung ein Gegner der Volkssouveränität, weil er eine Volksbefragung über die atomare Aufrüstung nicht zuläßt, auch sonst antidemokratisch und friedensfeindlich, wiederum im Widerspruch zu seiner

<sup>27)</sup> Erhard erklärte am 22. 3. 1964 vor dem Kongreß der Landsmannschaften in Hannover: „Wir verzichten nicht und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind.“ (zit. nach: „Stimme der Gemeinde“ 10/64)

Verfassung, insofern er mit terroristischen Maßnahmen gegen alle Manifestationen zugunsten des Friedens vorgeht“.<sup>28)</sup>

In einer Vielzahl von politischen Konzeptionen spiegelt sich der antidemokratische und friedensfeindliche Charakter dieses Staates wider. Deren Skala reicht vom überhitzten Nationalismus faschistisch-chauvinistischer Prägung bis zur völligen Negierung der Nation überhaupt. Während der erste Faktor ein hervorstechendes Merkmal der revanchistischen Gelüste des westdeutschen Imperialismus ist, bildet die These von dem angeblich „historisch überholten Begriff der Nation und der Nationalstaaten“ den Hauptinhalt der sog. „Integrationspolitik“, deren ideologischer Ausdruck „Abendland“- und „Europa“-Ideologie sind.

„Der klerikal-militaristische Charakter der Bonner Bundesrepublik, die enge Verflechtung von Monopolkapital, Militarismus und militantem politischem Katholizismus kommt in keiner anderen politischen Konzeption so eindeutig zum Ausdruck wie in der katholisch-restaurativen Abendlandideologie. Es ist durchaus kein Zufall, daß die sogenannte Abendland- bzw. Europaidee namentlich seit dem zweiten Weltkrieg zur politischen Zentralarmee des wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus geworden ist. Es ist auch kein Zufall, daß der politische Katholizismus im Kampf gegen die Sowjetunion, gegen das sozialistische Weltlager und die marxistisch-leninistische Weltanschauung sich mehr und mehr als das ideologische Hauptarsenal der reaktionärsten Kreise des deutschen Monopolkapitals erweist.“<sup>29)</sup>

Im Oktober 1960 erläuterte Seeböhm in Aschaffenburg einmal mehr, worum es den „Abendland“-Apologeten geht:

„Es geht um die ‚Befreiung‘ aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Europa (!). Das muß jetzt bald geschehen.“<sup>30)</sup>

Trotz der äußerlichen Gleichartigkeit in der Zielsetzung und des inneren dialektischen Zusammenhanges beider ideologischer Ausdrucksformen der Hegemonie- und Aggressions-

<sup>28)</sup> Prof. Dr. Arthur Baumgarten auf der Wissenschaftlichen Konferenz der Humboldt-Universität zu Berlin über das Wesen des militaristisch-klerikalen Regimes in Westdeutschland (26. bis 28. 10. 1959)

<sup>29)</sup> Leo Stern, Die klerikal-imperialistische Abendland-Ideologie im Dienste des deutschen Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/1962, S. 286. Vgl. dazu auch „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 110/111

<sup>30)</sup> Argumentation Nr. 21 vom 26. 5. 1964, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front

bestrebungen Westdeutschlands – Europa-Idee und Abendland-Ideologie – haben sie unterschiedliche Funktionen. In den Plänen der europäischen Integration, die, wenigstens in kleineuropäischem Maßstab, in der Montanunion, in der Westeuropäischen Union (WEU) und in der EWG – um nur die wichtigsten Zusammenschlüsse zu nennen – bereits politische Realität wurden, tritt der politisch-ökonomische Aspekt stärker in den Vordergrund. Der in allen Farben schillernde Abendland-Begriff jedoch hat vorwiegend politische Aufgaben, u. a. auch die der psychologischen Kriegsvorbereitung, zu erfüllen. Er dient dem westdeutschen Imperialismus als Mittel, vor allem in der christlichen Bevölkerung Westdeutschlands Widerstände gegen die zum Kriege treibende Politik der Regierung zu unterdrücken und darüber hinaus auch auf die christliche Bevölkerung in den sozialistischen Ländern zu wirken, wie schon die prononcierte Betonung des „Christlichen“ beweist.

Diese Tarnung machtpolitischer Ziele mit christlichen – oder besser: scheinchristlichen – Argumenten stellt einen Mißbrauch des Christentums dar, für dessen Ausmaß es nur wenige Beispiele in der Geschichte der Menschheit gibt. Die Legitimierung selbst des Atomkrieges durch klerikale Kreise, der Vernichtung des Lebens auf der Erde, die wir als einen Teil der göttlichen Welterschöpfung betrachten, ist die schlimmste Blasphemie, die überhaupt denkbar ist.

*„In einem bisher noch nicht erlebten Ausmaß mißbraucht der Bonner Obrigkeitsstaat Werte des christlichen Glaubens im Dienste seiner verderblichen Politik. Der deutsche Militarismus ist als klerikaler Militarismus im Bonner Staat wiedererstanden. Ein solcher Mißbrauch bedroht das Christentum in seiner innersten Substanz.“<sup>31)</sup>*

Angesichts der Gründung zahlreicher imperialistischer Organisationen in Westdeutschland und Westberlin, die auf ideologischem Gebiet den Kampf gegen das sozialistische Lager führen sollen, erscheint ein Rückblick auf eine ähnliche Organisation der Weimarer Zeit mit der gleichen Zielstellung, die „Antibolschewistische Liga“, nicht unangebracht. Auch diese rief Ende Januar 1919, wenige Tage nach dem auf ihr Konto kommenden Mord an den unerschrockenen Vorkämpfern der Arbeiterklasse, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zum Kreuzzug gegen den ersten sozialistischen Staat auf:

<sup>31)</sup> Entschließung des Hauptvorstandes der CDU vom 10. Jahrestag der DDR, in: Dokumente der CDU, Bd. III, S. 176

„... Deutschlands gegenwärtige Aufgabe besteht darin, der Barbarengefahr des Ostens, die in Gestalt des russischen Bolschewismus heraufzieht, mit aller Macht zu begegnen. Nur wenn wir Deutsche uns behaupten, wird die abendländische Kultur gerettet werden können! Noch ist es Zeit! An alle Parteien, an alle Stände, an alle Stämme des Deutschen Reiches ergeht deshalb der Ruf: Schließt Euch zusammen! Schafft eine Volksbewegung zum Schutze der deutschen, der europäischen Kultur, eine Liga von geistigen Kämpfern gegen den Weltbolschewismus ...“

Es sind die gleichen Kräfte, die dann 1933 Hitler in den Sattel hoben in der sicheren Erwartung, daß er diese Aufgabe, den Kommunismus „zurückzudrängen“, im Dienste des deutschen Imperialismus lösen würde, die gleichen Kreise, die Adenauer an die Spitze des Westzonenstaates stellten, und es ist vor allem der gleiche Geist, der aus Adenauers Worten auf dem Empfang beim Papst spricht:

„Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in diesen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat: Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die von Osten her auf uns einwirken.“<sup>32)</sup>

Es wäre jedoch auf alle Fälle für das ganze deutsche Volk und nicht zuletzt auch für die westdeutschen Bürger viel, viel besser gewesen, wenn Adenauer und sein Anhang Kirche und Staat nicht mobil gemacht hätten gegen „die mächtige Einwirkung dieser östlichen Einflüsse“, deren Ziel ja in nichts anderem bestand und besteht, als Deutschland, Europa und die Welt von der ständigen Kriegsdrohung, von der akuten Kriegsgefahr, die vom westdeutschen Imperialismus ausgeht, zu befreien!

Im Dienste der psychologischen Kriegsvorbereitung und zur Rechtfertigung der inneren Reaktion, die im Imperialismus und vor allem bei den deutschen Imperialisten mit der Aggressivität nach außen Hand in Hand zu gehen pflegt, sind die Vertreter des politischen Klerikalismus in den Leitungen sowohl der evangelischen wie auch der katholischen Kirche bestrebt, die gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen den antagonistischen Klassen auf die weltanschauliche Ebene zu transferieren. Durch demagogische, größtenteils aus dem

<sup>32)</sup> „Die Welt“ vom 25. 1. 1960, zit. bei: Stern, a. a. O., S. 309

Vokabular der christlichen Gewerkschaften übernommene Parolen versuchen sie, die Klassegegensätze zu verschleiern und die Ablösung des Klassenkampfes durch eine „Klassenharmonie“, durch den Gedanken der sog. „Arbeitsgemeinschaft“ vorzutauschen. Um diese Parolen westdeutschen Arbeitern, vor allem den christlichen und den sozialdemokratischen Arbeitern, glaubhaft zu machen – obwohl diese täglich die Auswirkungen des Klassenkampfes von oben zu spüren bekommen –, werden der sozialistischen Gesellschaftsordnung eo ipso religionsfeindliche Bestrebungen unterstellt.

Selbstverständlich ist diese Argumentation nicht ausschließlich auf Westdeutschland beschränkt. Vielmehr erhoffen sich der westdeutsche Imperialismus und seine klerikal-militaristischen Helfer davon eine Breitenwirkung auch unter den christlichen Bevölkerungskreisen der sozialistischen Länder. Mit dieser ideologischen Hilfestellung für die imperialistische Politik Westdeutschlands setzen führende Männer der evangelischen Kirchenleitung, wie Dibelius, Scharf, Lilje, Gerstenmaier, ebenso wie die Atomtheologen der katholischen Kirche, z. B. der Jesuitenpater Gundlach, Hirschmann u. a., die Autorität ihres kirchlichen Amtes für die machtpolitischen Ziele der herrschenden Klasse in Westdeutschland ein; auf diese Weise hoffen sie auch christliche Bürger unserer Republik irreführen zu können. Als besonders akut zeigte sich die daraus für die Kirche selbst erwachsende Gefahr, als die evangelischen Verfechter des politischen Klerikalismus versuchten, bei Abschluß des Militärseelsorgevertrages mit dem Bonner Staat auch die evangelische Kirche in der DDR an diesen zu binden und die evangelischen Landeskirchen auf unserem Territorium sich erst auf den energischen Protest ihrer fortschrittlichen Synodalen sowie zahlreicher christlicher Bürger unseres Staates hin entschlossen, diese Bindung an die aggressive Kriegspolitik der Bundesrepublik abzulehnen.

In der gegenwärtigen Epoche der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Friedenskräften und den am Krieg Interessierten wird die Haltung des einzelnen wie eines Staates und der ihn tragenden Kräfte mehr als je zuvor an der Einstellung zu der Frage „Völlige Abrüstung oder atomare Vernichtung?“ gemessen. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die Aussagen führender Männer der christlichen Kirchen, so ergibt sich objektiv die Fragestellung: Was ist das für ein Christentum, das diese Atomtheologen gegen den „Ansturm des atheistischen Kommunismus“ verteidigen zu müssen vorgeben? – Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow

erklärte in der Festrede zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution:

„Wir Kommunisten hatten niemals und werden auch nicht die Absicht haben, unsere Ziele mit so furchtbaren Mitteln (d. h. durch einen Krieg — d. Vf.) zu erreichen. Das ist unmoralisch und widerspricht unserer kommunistischen Weltanschauung. Wir gehen davon aus, daß für den Sieg des Sozialismus keine Kriege nötig sind.“<sup>33)</sup>

Stellen wir dieser klaren Aussage die eines amerikanischen bürgerlich-philosophischen Schriftsteller, J. Dewey, in seinem Buch „Die menschliche Natur. Ihr Wesen und ihr Verhalten“ gegenüber:

„Je schauervoller ein unpersönlicher wissenschaftlicher Massenkrieg wird, um so notwendiger wird es, allgemein wirkende ideale Beweggründe aufzufinden, die ihn rechtfertigen ... Je prosaischer die wirklichen Ursachen sind, um so nötiger ist es, erhabene Motive von glühenden Farben zu finden.“<sup>34)</sup>

Das ist das gleiche Rezept, wie es Hitler anwandte, um das deutsche Volk für seine Gewaltpolitik reif zu machen:

„Die Umstände haben mich gezwungen, Jahrzehnte lang fast nur vom Frieden zu reden. Nur die fortwährende Betonung des deutschen Friedenswillens und der deutschen Friedensabsichten machten es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war ... Es wurde nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch umzustellen. Man mußte ihm klarmachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln (!) durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern dem deutschen Volk gewisse außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst lautstark nach der Gewalt zu schreien begann.“

Nach diesem teuflischen Rezept verfuhr die Hitler, Himmler, Göring und Goebbels, als sie das deutsche Volk in die

33) In: Presse der Sowjetunion 1957, Nr. 128, S. 2804

34) zit. nach: Dieter Bergner, Die Ideologie des politischen Klerikalismus als Instrument der Kriegsvorbereitung, in: Die militaristische-klerikale Herrschaft ..., S. 82 ff.

35) G. Gundlach, Die Lehre Pius XII. zum Atomkrieg, in: Stimmen der Zeit, Heft 7, 1958/59, S. 13, zit. in: Bergner, a. a. O., S. 91

nationale Katastrophe führten. Die Vertreter des Antikommunismus aber haben es sich in vollem Umfange zu eigen gemacht. Kein Atheist hat Gott je dadurch gelästert, daß er ihm die Verantwortung für menschliche Verbrechen zuschob, wie dies etwa der verstorbene Jesuitenpater Gundlach tat, als er schrieb:

„Ja, wenn die Welt untergehen sollte dabei (d. h. im Atomkrieg — d. Vf.), dann wäre das auch kein Argument gegen unsere Argumentation. Denn wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt. Wir könnten dann sagen, daß Gott der Herr, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat (!) oder hineinkommen ließ, wo wir dieses Treuebekenntnis zu seiner Ordnung ablegen müssen (!), dann auch die Verantwortung übernimmt (!!).“<sup>35)</sup> (Hervorhebungen von mir — d. Vf.)

Jeden ehrlichen Christen muß diese Umkehrung der Werte, die gerade durch das Christentum mit der Forderung nach Nächstenliebe und Brüderlichkeit in die entgötterte Welt der Antike traten, tiefstens empören. Der Atheist Walter Ulbricht, der Vorsitzende unseres Staatsrates, hat zum Ausdruck gebracht — und nicht nur in der historischen Unterredung mit führenden christlichen Persönlichkeiten am 9. Februar 1961 —, daß die Gemeinsamkeit der humanistischen Ziele des Christentums und des Sozialismus eine gute und für alle Teile fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen Christen und Nichtchristen trotz der unterschiedlichen Weltanschauung durchaus möglich mache, wie das Beispiel in unserer Republik tausendfach beweist. Und unser unvergessener Dr. Otto Nuschke erklärte ebenfalls, daß die Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten eine um so bessere sei, ein je besserer Christ der Christ und ein je besserer Marxist der Marxist sei.

Aus der Gleichsetzung „Sozialismus = Atheismus“ leitet der politische Klerikalismus auch die These vom „christlichen“ und „atheistischen“ Staat ab. Indem so seine Wortführer den Klassencharakter des Staates zu verwischen suchen, proklamieren sie zugleich den bürgerlichen Staat und die in ihm herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse als eine „christliche“, d. h. gottgewollte Ordnung und versuchen, ihm Ewigkeitswert zu verleihen. Dabei übersehen sie in ihrem „frommer Eifer“ allerdings einen wichtigen Umstand: daß die Kirche Gleiches schon einmal mit der feudalen Gesellschafts-

ordnung versuchte und daß es der Kapitalismus, das Bürgertum war, das dieser als „ewig“ hingestellten Gesellschaftsordnung den Todesstoß versetzte. Trotzdem spielt dieses Argument eine wichtige Rolle sowohl in ihrem Kampf gegen die christlichen Bürger der Bundesrepublik, die sich gegen die Atomtheologie, gegen die gefährlichen Pläne der westdeutschen Imperialisten zur Wehr setzen und damit die echten Glaubenswerte des Christentums gegen ihre Verfälscher verteidigen, als auch in dem antikommunistischen Propagandafeldzug, mit dem sie die christlichen Bürger der sozialistischen Länder in die Irre zu führen suchen.

Zu diesem Zwecke erfinden sie die Lüge von der angeblichen „Christenverfolgung“, von der „bedrängten Lage der Kirche“, die schweigen müsse zu der „Gewissensnot“ der Christen. Jeder christliche Bürger unseres Staates kann solche Behauptungen entkräften; denn die durch unsere Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit ist in unserer Republik weitaus besser gewährleistet als in der „christlichen“ Bundesrepublik. Mit viel größerer Berechtigung muß dort von einer „Christenverfolgung“ gesprochen werden, wo Christen unter Anklage gestellt, in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht und persönlich diffamiert werden nur deshalb, weil sie echte christliche Grundanliegen zu verwirklichen trachten. Im Prozeß gegen Angehörige des westdeutschen Friedenskomitees saßen Christen und Kommunisten gemeinsam auf der Anklagebank, weil sie gemeinsam mit Millionen Menschen der verschiedensten Rassen und Weltanschauungen im Weltfriedensrat für das vordringlichste Anliegen aller Menschen — mit Ausnahme des verschwindend kleinen Teils, der am Kriege verdient — arbeiten und wirken.

Kann ein Christ, dem es in Wahrheit um die Praktizierung des christlichen Glaubens in der gesellschaftlichen Realität geht, schweigen, wenn er vor die Wahl gestellt wird, „Nein“ zur Atompolitik der westdeutschen Regierung zu sagen oder sie zu billigen? Geraten Christen nicht dadurch erst in eine „Gewissensnot“, daß ein Gewissenszwang gerade seitens derjenigen Kreise ausgeübt wird, auf die sie in Glaubensfragen zu hören gewohnt sind? Auf ein besonders krasses Beispiel solches von Vertretern des politischen Klerikalismus ausgeübten Gewissenszwangs gegen einen friedliebenden Geistlichen wurde von Unionsfreund Willi Rutsch, Präses der Vereinigten Kirchen- und Klosterkammer Erfurt, auf einer Tagung des Nationalrats mit katholischen Persönlichkeiten hingewiesen. Es handelt sich um den Fall des Studienrats Dr. Wilhelm

Lenzen, eines katholischen Geistlichen in Mönchengladbach-Windberg, der in einer Erklärung an die Herausgeberin eines Rundbriefes für katholische Friedensfreunde, Frau Christa Thomas in Köln, „der Öffentlichkeit die wahren Sachverhalte“ zugänglich machte. Darin heißt es:

„Unterzeichneter hat sich seit 1950 ernstlich mit der Frage der Aufrüstung gequält, ihr Für und Wider überdacht. Erst mit der Forderung des Bundesverteidigungsministeriums nach multilateraler Atomaufrüstung mit maßgeblicher (west-)deutscher Beteiligung, nach Unterzeichnung des Aufrufs der ‚Kampagne für Abrüstung‘ hat er sich auf wiederholtes Ersuchen von Atomwaffengegnern zu praktischer Mitarbeit zur Verfügung gestellt. . .

Sein erstes Auftreten in der Öffentlichkeit brachte dem Unterzeichner nachfolgendes ‚Verbot‘ seitens seines bischöflichen Generalvikariats ein, das hiermit der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt wird:

Ew. Hochwürden haben bei einer Versammlung am 22. v. M. in der Gaststätte Schützenhof Dahl, Brunnenstraße, anläßlich einer Kundgebung ‚Ostermarsch der Atomwaffengegner‘ ein Referat gehalten. Solange nicht feststeht, welche Weltanschauung hinter dieser Bewegung steht, halten wir es nicht für richtig, daß sich ein Priester mit dieser Gruppe identifiziert. Wir bitten Sie deshalb, die bisherige Mitarbeit aufzugeben. Ein öffentliches Auftreten in Versammlungen und die Teilnahme am Ostermarsch selbst müssen wir Ihnen untersagen, damit auch der Anschein einer parteipolitischen Tätigkeit vermieden wird.

Mit ergebendem Gruß (gez.) Wäckers, Generalvikar i. V.

Darauf gebe ich öffentlich meine Antwort:

Statt einer Anfrage, was ich in der Versammlungsrede dargelegt, statt einer Rückfrage, welche Motive ich für meine Beteiligung am Kampf gegen Atomaufrüstung gemäß dem Programm der ‚Kampagne für Abrüstung‘ und ihrer mächtig anschwellenden Bewegung vorzubringen hätte, erhielt ich vorstehendes Verbotsschreiben. Darüber urteile ich folgendermaßen:

1. Außer meinem Stand als Priester (ordiniert 1928 in Köln) bin ich deutscher Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten eines solchen: Steuern zu zahlen (auch Kirchensteuer), in Bund, Ländern und Gemeinden zu wählen, demokratisch-verantwortliche Mitgestaltung in Liebe zum Volke (in Wahrung des kirchlichen Verbots zu einem parteipolitischen Mandat).

2. Darum muß ich das mir zugesandte ‚Verbot‘ als **M a c h t a n m a ß u n g** bezeichnen, als Übergriff in meine unbeschränkten staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

3. Diese jetzige Machtanmaßung muß mir um so lächerlicher erscheinen, als in einer Zeit, als autoritäre Staatsmächte (1932/33 bis 1945) stark waren, die kirchlichen Ämtern einen beklagenswert schwächlichen Eindruck machten ...

– Wo war damals ihre Schutzmacht, als ich Juli 1932 als Kaplan von Herzogenrath in treuer Ausübung meines Seelsorgauftrags an der katholischen Jugend von SA-Leuten geschlagen, mit Beil und Pistole bedroht und in Schutzhaft abgeführt wurde?

– Wo war ihr Schutz und Beistand, als ich Oktober 1939 in treuem Seelsorgedienst an einer alten Dame von deren Manne (Dr. med. N.) in ein politisches privates Gespräch hineingezerrt werden sollte und, weil ich in allen Sprachen schwieg (in der Anzeigeschrift bei der Gestapo hieß es wiederholt: „... auch da sagte er nichts“), schließlich vorgeladen und in Untersuchungshaftzelle kam? Wie blamabel hat sich der damalige Generalvikar meinen armen Schwestern gegenüber verhalten!

– Wo war im Juni/Juli 1944 ein Beistand und Trost seitens meiner kirchlichen Vorgesetzten, als ich mich nach stundenlangem Hin und Her vor dem KZ retten konnte, aber zu 2000 Mark verurteilt wurde?

4. Damals wußten jene Herren den in Konflikt mit NS-Stellen geratenen Pfarrern und Kaplänen nichts anderes zu sagen: ‚Sie müssen auch vorsichtig sein!‘ **K e i n** effektiver Beistand den Angehörigen, **k e i n e** Hilfe für die Betroffenen.

5. Die damals irgendwo Mut und Haltung zeigten, die ‚Unvorsichtigen‘ (P. Alfred Delp SJ., Pfr. Dr. Metzger, P. Rupert Mayer, Prälat Lichtenberg – nur diese wenigen von Dutzenden seien genannt!), werden heute als Aushängeschild für glorreiches renommeegeladenes christliches Martyrium benutzt. Nein, niemals blieben sie ohne effektiven Beistand von jenen kirchlichen Amtsträgern. Heute wird ihr wahrhaft glorreiches Handeln systemhaft umgelogen: Die auf ihr eigenes persönliches Gewissen hin mit einer teuflisch-schändlichen Staatsmacht niedergeschlagen und ermordert wurden, sollen heute als Märtyrer des kirchlichen Systems herhalten.

Aus all dem ziehe ich die Folgerung:

Auch ich stelle mich in dieser Frage, die das sogenannte Verbot meiner Beteiligung am Kampf gegen deutsche

Atomaufrüstung betrifft, aus wohlfundierten politisch-ethischen Gründen auf mein Gewissen... Ich werde und darf mich in Ausübung meiner im GG (d. h. Grundgesetz – G. I.) erlaubten demokratischen Rechte nicht behindern lassen und werde, wo ich in einem geeigneten Rahmen, sachlich und überzeugt, sine ira et studio, gegen eine jetzt akut drohende deutsche Atomrüstungsbeteiligung sprechen und auch andere zum ‚lauten Nein‘ auffordern kann – auch durch Beteiligung am Ostermarsch!

Es gibt für wichtige Entscheidungen den Kairos (d. h. die entscheidungsgeladene Stunde). So wie ich damals mich im Kampf gegen das heraufkommende deutsche Unheil des NS gestemmt habe, auf dem Boden des damaligen Zentrums (an der Seite des Reichstagsabgeordneten und nachmaligen Düsseldorfer Sozialministers Ernst) in Vorträgen, Versammlungen und Tagespresse, ohne Verletzung und Mißbrauch meines Amtes und meiner Amtskleidung – eine Tätigkeit, auf die ich von 1933 bis 1945 und bis heute stolz bin –, so sehe ich jetzt auch wieder den Kairos gegeben. Jetzt ist der Kairos zum lauten millionenfachen Nein gegen drohende deutsche Atomrüstungsbeteiligung geworden.

Dabei kann ich mein bescheidenes Bemühen stützen auf die Enzyklika ‚Pacem in terris‘ des Johannes-Papstes wie auf die ausgezeichnete Frankfurter Rede des Atomphysikers Professor C. F. Weizsäcker bei Überreichung des Friedenspreises im Oktober 1963: Beide und unermeßlich viele ethisch wie wissenschaftlich hochstehende Frauen und Männer verpflichten zu dieser Friedensarbeit und zu diesem Friedenskampf.“<sup>36)</sup>

Dieses Schreiben eines aufrechten katholischen Priesters, der sich seinem Gewissen und dem christlichen Friedensethos verpflichtet fühlt, ist typisch für die Praktiken des politischen Klerikalismus, weltanschauliche Gegensätze in den Vordergrund zu schieben, um die Klassenherrschaft des Imperialismus in Westdeutschland gegen den Ansturm der Friedenskräfte abzuschirmen, typisch aber auch für die tapfere Geisteshaltung vieler aufrechter christlicher Kämpfer für den Frieden und gegen den Atomtod, typisch für ihr Bestreben, dem christlichen Friedensangebot nicht nur in der privaten, in der individuellen Sphäre, sondern auch im gesellschaftlichen

<sup>36)</sup> Union-Pressedienst (UPD), 14. Jahrg. 1964, Heft 6, S. 17

Raum Geltung zu verschaffen. Sie alle, wie vor allem auch Martin Niemöller, Renate Riemeck, der verstorbene Professor Hagemann und Professor Wegner, die beide sich durch den Gesinnungsterror in Westdeutschland gezwungen sahen, in der DDR politisches Asyl zu suchen, sollen und müssen uns christlichen Bürgern Ansporn und Vorbild sein mit ihrem durch keine Verfolgung zu brechenden Willen zum Frieden.

Wir haben – im Gegensatz zu diesen mutigen Männern und Frauen – das Glück, in einem Staate zu leben, der alle Bestrebungen, die echtem humanistischem Geiste entspringen, schützt und fördert, unabhängig von ihren weltanschaulichen Grundlagen. Da bei uns die weltanschauliche Trennung im Hinblick auf die gemeinsame Arbeit nur eine zweitrangige Rolle spielt und die Gemeinsamkeit der humanitären Ziele das Primat hat, ist es selbstverständlich, daß auch die christlichen Bürger in der DDR jede Möglichkeit haben, am sozialistischen Aufbau und damit an der Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus mitzuarbeiten, das nicht auf die Erzielung von Maximalprofiten für eine Minderheit, sondern auf die möglichst vollständige Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse und die allseitige Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft abzielt. Diese Erkenntnis ist immer mehr Gemeingut auch der christlichen Bürger unserer Republik geworden.

Gerade diese gewachsene politisch-moralische Einheit aber, die durch ihre Ausstrahlungen nach Westdeutschland auch dort die Herrschaft der Imperialisten bedroht, ist ein Dorn in deren Augen. Deshalb sind die Vertreter der reaktionären Kirchenleitungen beider Konfessionen bemüht, diese Einheit zu diskreditieren, indem sie diese als eine Gefahr für den Bestand des Christentums ausgeben und den Christen in der DDR weiszumachen versuchen, daß Mitarbeit beim sozialistischen Aufbau einer weltanschaulichen Verpflichtung auf den Atheismus gleichzusetzen sei oder diesem zumindest Vorschub leiste. Bei dieser Gelegenheit kommt dann zugleich die Verachtung des Volkes, die dem Imperialismus überhaupt zu eigen ist, zum Ausdruck. Die politisch-klerikalen Apologeten des Imperialismus sprechen es ganz offen aus,

„daß für die Entscheidung über Krieg oder Frieden, über die Verwendung von Atomwaffen“ (also über die Fragen, die zutiefst die physische und nationale Existenz des Volkes berühren – d. Vf.), die Massen des Volkes gar nicht zuständig seien. Seit dem Beschluß der reaktionären Mehrheit des Bonner Bundestages, die neu entstandene

Armee des deutschen Militarismus mit Atomwaffen auszurüsten, verstärken sich unaufhaltsam die Protestaktionen der Bevölkerung gegen die Atomkriegspolitik der Bonner Regierung. Atommahnwachen, die Aktionen des Jahrgangs 1922, die zahlreichen Erklärungen christlicher Kreise – all das wird von den Ideologen des politischen Klerikalismus beantwortet mit dem zynischen und verbrecherischen Satz, den Jesuitenpater Hirschmann in einem Aufsatz in den ‚Stimmen der Zeit‘ über atomare Bewaffnung der Bundeswehr formulierte: Niemand aber ist zu diesen sittlich, politisch und technisch überaus komplizierten Entscheidungen (d. h. über den Einsatz von Atomwaffen – D. B.) unmittelbar weniger imstande als ein emotional aufgepeitschtes Volk. . . Hirschmann beschimpft jedoch nicht nur die gegen den Atomtod unter der Führung der Arbeiterklasse kämpfenden Friedenskräfte als ‚emotional aufgepeitschtes Volk‘, sondern auch jene evangelischen Christen, die wie Niemöller in vorderster Front der Atomkriegsgegner stehen . . . ‚Der Mut‘ unter Aussicht auf millionenfache Zerstörung menschlichen Lebens in der heutigen Situation das Opfer atomarer Rüstung zu bejahen, kann der Haltung des heiligen Franziskus näher stehen und mehr Geist vom Geiste der Theologie des Kreuzes atmen, als ein Denken, das naturrechtliche Prinzipien vorschnell . . . opfert, wie es heute in breiter Front evangelische Theologen tun.“<sup>37)</sup>

Höher geht es freilich nicht mehr, als gerade den Heiligen der katholischen Kirche als Kronzeugen für die sittliche Rechtfertigung der „millionenfachen Zerstörung menschlichen Lebens“ aufzurufen, der die beseelte und unbeseelte Welt mit brüderlicher Liebe umfaßte und – ein Vorgänger des großen protestantischen Humanisten unserer Zeit, Albert Schweitzers – allem Leben mit unbegrenzter Ehrfurcht begegnete!

Bei einer Betrachtung der in klerikal-faschistischem Gewande auftretenden Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus von heute kann man nicht vorübergehen an den vielfältigen Versuchen, die Autorität des sozialistischen deutschen Staates in den Augen seiner christlichen Bürger zu untergraben. Sie erreichen ihren Höhepunkt in dessen „Verteufelung“ als Inkarnation des Bösen, wie es bereits oben dargelegt wurde. Auf dem Wege zu diesem Gipfel aber gibt es gar manchen Markstein, und deren einer ist etwa die berüchtigte „Obrigkeits“-Schrift des ehemaligen Bischofs der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Dibelius, dessen Einflußbereich also zum größten Teil auf dem Boden der Deutschen Demokrati-

<sup>37)</sup> Bergner, a. a. O., S. 33

schen Republik lag. Diese Schrift, die selbst in kirchlichen Kreisen auf starken Widerspruch stieß, entlarvt ihren Verfasser als eingefleischten Monarchisten, etwa wenn er darin schreibt:

„Sie (die Obrigkeit – d. Vf.) steht da, von Gott gesetzt. Sie mag von guten oder schlechten Menschen dargestellt werden, von Christen oder Türken – sie ist da, und wir müssen uns ihr willig beugen. Und dahinter steht, durch alles hindurchscheinend, Gottes Wille, Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen, Kurfürst von Brandenburg ... Das ist Obrigkeit.“<sup>38)</sup>

### Schlußbetrachtung

Selbstverständlich konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht der Gesamtkomplex der gefährlichen Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus und seiner klerikalen Helfershelfer betrachtet werden. Doch schon aus dieser kleinen Auswahl ergeben sich für uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik wichtige Schlußfolgerungen.

Die Versuche, die die Vertreter des politischen Klerikalismus unternehmen, durch die Gleichsetzung von sozialistischer Gesellschaftsordnung und atheistischer Weltanschauung die christlichen Bürger in unserer Republik zu desorientieren und an der Mitwirkung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus zu hindern, müssen scheitern an der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Gerade der Sozialismus – und das kann nicht oft genug betont werden – bietet wie keine andere Gesellschaftsordnung in der bisherigen Geschichte den Christen die Möglichkeit, die Grundanliegen der christlichen Ethik in die gesellschaftliche Praxis ausstrahlen zu lassen, sie in der täglichen Arbeit und im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu praktizieren.

Gerade das deutsche Volk hat für die Sicherung des Weltfriedens eine ganz besondere Verantwortung, da von deutschem Boden bereits zweimal ein Weltbrand ausging. Es ist mit in unsere Hand gegeben, zu verhindern, daß es dem westdeutschen Imperialismus gelingt, einen als „Kreuzzug“, als „heiligen Krieg“ getarnten dritten, einen atomaren Weltbrand zu entfachen. Deshalb ist auch für uns Christen die Deutsche

Demokratische Republik, der erste deutsche Friedensstaat, unsere politische Heimat, unser sozialistisches Vaterland, dem wir mit aller Kraft, mit all unseren Fähigkeiten und Möglichkeiten zu dienen verpflichtet sind. In seinem Referat vor dem 7. Parteitag der CDU im Jahre 1954 erklärte Generalsekretär Gerald Götting:

„Entscheidend für die Möglichkeit der christlichen Existenz ist nicht, ob sich die gesellschaftliche Ordnung, in der der einzelne Christ lebt, als christlich deklariert. Im Gegenteil: Zunächst muß der Christ wachsam sein, wenn ihm suggeriert werden soll, daß diese Ordnung, also beispielsweise die westliche, christlich ist, während die andere – wie Adenauer das in unverhohlener Weise in seiner Botschaft an den 76. Deutschen Katholikentag erklärt hat – als vom Atheismus beherrscht hingestellt wird. Der christliche Glaube ist doch nicht an irgendeine gesellschaftliche Ordnung gebunden, sondern er lebt mit den Menschen, die sich zu Christus bekennen und die christlichen Gebote zu erfüllen trachten.“<sup>39)</sup>

„Gefährlich für das Christentum ist nicht irgendein philosophisches System, das seine Unversöhnlichkeit mit dem Christentum deklariert. Gefährlich ist aber eine Philosophie oder eine Weltanschauung, die sich als christlich bezeichnet, mit dem Christentum indessen recht wenig zu tun hat. Gefährlich ist für den christlichen Glauben nicht der philosophische Materialismus, von dem es keine Brücke zum Christentum gibt, gefährlich aber ist der Tanz ums Goldene Kalb, der die Nationen zersetzt, dem Christentum den totalen Anspruch auf das Leben der christlichen Menschen nimmt und das Christliche verflüchtigt zu einer kulturellen Strömung und einer intellektuellen Anschauung.“

Denken wir immer an die Gefahr der Massenvernichtungsmittel, denken wir daran, wo die Atomenergie friedliche Verwendung findet, wo die nationale Frage gelöst ist, wo alle Anstrengungen auf den friedlichen Aufbau gerichtet werden. Und haben wir immer im Gedächtnis, wo durch eine Politik der Stärke und der Provokation zur angeblichen Verteidigung des christlichen Abendlandes ein neuer, schrecklicher Krieg vorbereitet wird.“<sup>40)</sup>

<sup>38)</sup> zit. nach: Hans Gerats, Für die Freiheit der Friedenskräfte ... in: Die militaristisch-klerikale Herrschaft ... S. 160

<sup>39)</sup> Gerald Götting, Der Christ sagt Ja zum Sozialismus, Berlin 1960, S. 40 f.

<sup>40)</sup> ebenda, S. 57

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/82 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns

- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt – Die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. H.-H. Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft

Verkaufspreis 0,50 DM – Doppelheft 1,- DM